

Begrenzung oder Abschottung?

Die Begrenzungsinitiative der SVP, die am 27. September zur Abstimmung kommt, will, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländern eigenständig regelt. Ziel ist eine Einwanderungspolitik ohne Personenfreizügigkeit. Alle übrigen Parteien sowie die Wirtschaftsverbände sind gegen die Initiative. Was würde eine Annahme der Initiative für eine Grenzregion wie das St.Galler Rheintal bedeuten? Der LEADER hat bei Parteien, Verbänden und Unternehmen nachgefragt.

«Wir wollen, dass wir bestimmen, wer und wie viele Menschen in unser kleines Land kommen», erklärt Markus Wüst, Präsident der SVP Rheintal. Seit der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007 sei dies nicht mehr der Fall. Fast 500 Millionen Europäer könnten ohne Probleme in die Schweiz kommen und hier Arbeit suchen. Dies locke auch viele an, die hier gar nicht arbeiten wollten. «Mit der Initiative stellen wir sicher, dass die Wirtschaft auch in Zukunft die nötigen Arbeitskräfte erhält, die sie in der Schweiz nicht findet», ist Wüst überzeugt.

Sollte die Initiative angenommen werden, habe der Bundesrat über ein Jahr Zeit, um mit der EU eine massvolle und selbst gesteuerte Zuwanderung zu verhandeln. «Der Brexit in England hat gezeigt, dass, wenn man Limiten setzt, plötzlich Bewegung in Verhandlungen kommt», sagt Wüst.

Ende des bilateralen Weges

Für die FDP Rheintal hingegen ist die Initiative «brandgefährlich»: «Da die kritisierte Personenfreizügigkeit mit den Bilateralen I eng verknüpft ist, führt eine Kündigung zum Ende des erfolgreichen bilateralen Weges», hält Hanspeter Rohner, Präsident der FDP Rheintal, fest. Es würden auch die Abkommen in den Bereichen Öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Land- und Luftverkehr, Forschung und Handel hinfällig.

Für die Unternehmen gerade im Rheintal sieht Rohner grosse Nachteile bei einer Annahme der Initiative: Viele arbeiteten im Hochtechnologiesektor und verkaufen ihre Produkte in der ganzen Welt. Sie seien stark



«Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt, das Innovationspotenzial und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen würden massiv gefährdet.»

Hanspeter Rohner, Präsident FDP Rheintal

mit dem Ausland vernetzt, betreiben gemeinsam mit ausländischen Unternehmen und Universitäten Forschungs- und Entwicklungsarbeit und beschäftigen eine Vielzahl von Fachkräften, auch aus dem grenznahen Ausland. «Eine Annahme der Initiative würde nicht nur die Personenfreizügigkeit beenden, sondern auch Forschungs- und Handelsabkommen mit unseren Nachbarländern», hält Rohner fest. «Damit würde der Zugang zum europäischen Binnenmarkt, das Innovationspotenzial und somit auch die Wettbewerbsfähigkeit der Rheintaler Unternehmen massiv gefährdet», so Rohner. Ebenso drohten Fachkräftemangel und Verlust von Know-how.

Markus Wüst kontert, dass die Wirtschaft auch nach einer Annahme der Initiative die nötigen Fachkräfte rekrutieren könne, so wie sie dies bis 2007 auch gekonnt habe. So sei z.B.



Michael Allison,
CEO VAT Group



«Mit einer Steuerung der Zuwanderung wollen wir erreichen, dass nur noch die Leute kommen, die wir wirklich brauchen.»

Markus Wüst, Präsident SVP Rheintal

bei Drittstaaten ausserhalb EU/EFTA die Kontingentierung Standard und funktioniere hervorragend. Die Initiative lasse offen, welches System neu angewandt werde. Anstelle eines Kontingentsystems könne er sich zum Beispiel ein Punktesystem mit klaren Vorgaben vorstellen, wie dies England neu mache und es Länder wie Neuseeland und Australien schon lange erfolgreich praktizierten. «Mit einer Steuerung der Zuwanderung wollen wir erreichen, dass nur noch die Leute kommen, die wir wirklich brauchen.» Es könne zum Beispiel nicht sein, dass immer mehr Leute in Berufe in der Gastronomie einwandern, «wir aber in der Gastronomie eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit – vor allem auch unter Ausländern – haben». Anders als die Gegner der Initiative dies behaupteten, wäre der Zugang zum Binnenmarkt nach wie vor möglich, so Wüst. Dieser sei über das Freihandelsabkommen von 1972 und WTO-Verträge geregelt.

Probleme statt Lösungen

Für den Arbeitgeberverband Rheintal (AGV) schafft die Begrenzungsinitiative erhebliche Probleme und löst keine. Die Schweiz benötige in vielen Bereichen Fachkräfte aus der EU. «Die Personenfreizügigkeit gewährleistet eine unbürokratische Rekrutierung solcher Fachkräfte und sichert zusammen mit den anderen bilateralen Abkommen mit der EU den Wohlstand in der Schweiz», ist AGV-Präsidentin Brigitte Lüchinger überzeugt.

«Gerade in einer Grenzregion mit vielen Grenzgängern würde eine Annahme der Initiative den ohnehin schon bestehenden Fachkräftemangel weiter verschärfen.» Für die Anstellung von Personen aus der EU würden wieder Kontingente und bürokratische Hürden eingeführt. Ein grosser Wettbewerbsnachteil wäre für Lüchinger auch der Wegfall der gegenseitigen Anerkennung von Konformitätsbewertungen, stellen gerade doch viele Rheintaler Unternehmen High-Tech- und Präzisionsprodukte her, die sie in der EU verkaufen.

«Mit einer Annahme der Initiative und deren Folgen würde die Schweiz wieder in die 'handelspolitische Steinzeit' zurückversetzt, was wir uns schlicht nicht leisten können», so Lüchinger.



«Mit einer Annahme der Initiative würde die Schweiz wieder in die handelspolitische Steinzeit zurückversetzt.»

Brigitte Lüchinger, Präsidentin AGV Rheintal

Wettbewerbsfähigkeit gefährdet

Beim Vakuumventil-Hersteller VAT mit rund 1200 Mitarbeitern in Haag und 2000 weltweit sind rund 30 Prozent Grenzgänger aus dem benachbarten Ausland, darunter viele Fach- und Führungskräfte. Das Unternehmen hat zudem eine internationale Lieferkette. «Diese wäre bei einer Annahme der Initiative betroffen», hält VAT-CEO Michael Allison fest. Problematisch wäre auch der Wegfall der bilateralen Verträge bei einer Annahme der Begrenzungsinitiative. «Die Beziehungen im europäischen Binnenmarkt wären nicht mehr so friktionslos», sagt Allison. «Dies kann zu teureren Produkten führen, was letztlich unsere Wettbewerbsfähigkeit schmälert.»

Ähnlich sieht dies der Technologiekonzern SFS mit Sitz in Heerbrugg. «Die EU ist der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt für die produzierenden Bereiche der SFS Group in der Schweiz», sagt CEO Jens Breu. Auch SFS beschäftige viele Grenzgänger. Da eine Annahme der Initiative die Kündigung der bilateralen Verträge zur Folge hätte, wären die Auswirkungen für SFS massiv – sowohl hinsichtlich des Zugangs zu den europäischen Absatzmärkten als auch der Rekrutierung von Fachkräften im grenznahen Ausland. «Dies würde mittelfristig die Existenz der Schweizer Produktionskapazitäten infrage stellen», hält Breu fest.

Text: Tanja Millius

Bilder: Marlies Thurnheer, zVg

Jens Breu,
CEO SFS Group AG

